

Geschlechtergerechte Sprache

In den Wahlprogrammen der AfD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zur
Bundestagswahl 2017



Franziska Maria Kleine

B.A. Kultur und Technik – Sprache und Kommunikation

Matrikelnr. 384811

Inhaltsverzeichnis

0. Einleitung.....	4
1. Geschlechtergerechte Sprache.....	4
1.1 Historie	4
1.2 Begründung	6
1.3 Praxis	7
2. Geschlechtergerechte Sprache in den Wahlprogrammen der AfD, FDP und Grünen zur Bundestagswahl 2017.....	8
2.1. Positionen der Parteien zum Thema geschlechtergerechte Sprache	8
2.1.1 AfD	8
2.1.2 FDP	8
2.1.3 Bündnis 90/Die Grünen	9
2.2 Korpusanalyse: Geschlechtergerechte Sprache in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2017	10
2.2.1 Arbeitshypothese	10
2.2.2 Daten des Korpus	10
2.2.3 Vorgehensweise	10
2.2.4 Ergebnisse und Auswertung	11
2.2.5 Zusammenfassung	15
2.3 Geschlechtergerechte Sprache im Zusammenhang mit Gleichstellungspolitik.....	15
2.3.1 Arbeitshypothese	15
2.3.2 Gleichstellungspolitische Positionen der Parteien im Bundestagswahlprogramm 2017.....	16
2.3.3 Zusammenhang zwischen Gleichstellungspolitik und geschlechtergerechter Sprache	18
3. Fazit	20
4. Anhang	21
4.1 Tabellen	21

4.2 Literaturverzeichnis.....	26
4.2.1 Quellen.....	26
4.2.2 Korpus.....	28
4.2.3 Reden.....	28
4.3 Eidesstattliche Erklärung.....	29

0. Einleitung

Geschlechtergerechte Sprache hat in den letzten Jahren immer mehr an Aufmerksamkeit gewonnen. Sie hat viele Befürworter, aber ebenso viele Gegner. In der Politik herrscht dabei Uneinigkeit zwischen den Parteien, ob und wie sie anzuwenden ist. Zur Bundestagswahl 2017 sind von allen zur Wahl stehenden Parteien umfassende Wahlprogramme erschienen, welche die aktuelle sprachliche Arbeitsweise der Parteien zeigen.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, herauszufinden, ob und wie die Parteien geschlechtergerechte Sprache in ihrem Wahlprogramm nutzen. Auch soll geklärt werden, ob es einen Zusammenhang zwischen Anteil an Gleichstellungspolitik und Ausprägung von geschlechtergerechter Sprache gibt. Eingegrenzt habe ich die Auswahl der Parteien in Hinblick auf ein breites politisches Spektrum. Ausgewählt wurde die Alternative für Deutschland (AfD), die Freie Demokratische Partei (FDP) und das Bündnis 90/ Die Grünen (Grüne).

Der erste Teil widmet sich der Übersicht über die Historie der feministischen Sprachforschung und geht über zur Klärung der Frage, warum überhaupt geschlechtergerechte Sprache notwendig ist. Die theoretische Grundlage meiner Arbeit schließe ich ab mit der Erklärung der Praxis, wie eine geschlechterdiskriminierungsfreie Sprache konzipiert werden kann. Daran schließt sich eine Zusammenfassung jeder Partei zu ihrer Position zu geschlechtergerechter Sprache an. Des Weiteren folgt die Analyse eines Wahlprogrammkorpus, den ich auf die gängigen Gendermethoden untersucht habe. Darauf aufbauend werden im letzten Teil die Analyseergebnisse in Bezug zu den gleichstellungspolitischen Auffassungen aus den Wahlprogrammen gesetzt und ein möglicher Zusammenhang erschlossen. Ein Fazit und ein kurzer Ausblick auf weitere Forschungsmöglichkeiten schließen die Arbeit.

1. Geschlechtergerechte Sprache

1.1 Historie

Eine der grundlegenden menschlichen Angewohnheiten ist es, Personen zu kategorisieren. Die am natürlichsten erscheinende Kategorie ist das Geschlecht mit der Aufteilung in männlich und weiblich. Diese Kategorisierung führt jedoch zu einigen Problematiken, so auch in der Sprachwissenschaft.

Lange war es gesellschaftlich akzeptiert, dass die Sprache größtenteils nur das männliche Geschlecht einbezieht. Der Beginn des Umschwungs kam mit der neuen Frauenbewegung, welche ihre Anfänge in den Jugend- und StudentInnenbewegungen nach 1965 fand. Die Aktiven dieser Bewegungen verlangten nach Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Partizipation. (vgl. LENZ 2010: 873) „Männer dominierten den Frauen zufolge nicht nur das öffentliche Leben, sondern auch die Privatsphäre, das *Subjekt* Frau: den weiblichen Körper, die weibliche Emotionalität, das weibliche Denken und Sprechen.“ (SAMEL 1995:16).

Es entwickelte sich in den 1970er Jahren die geschlechterbezogene Sprachforschung, welche zu dem Schluss kam, dass unsere Sprache zur Unterdrückung der Frau beiträgt. Die Forschung begann vorerst in Amerika, Ende der 70er Jahre brachten die Sprachwissenschaftlerinnen Luise Pusch und Senta Trömel-Plötz das Thema an die deutschen Universitäten. (vgl. REISS 2010: 750) Trömel-Plötz et al. veröffentlichten 1980 die ersten „Richtlinien zur Vermeidung sexistischen Sprachgebrauchs“ (TRÖMEL-PLÖTZ et al. 1980).

Die feministische Linguistik konnte seit ihrer Existenz einiges erreichen: Heutzutage gibt es zahlreiche Beschlüsse zur sprachlichen Gleichbehandlung auf Bundes- sowie Länderebene. „Diese eindeutigen politischen Erfolge und die konkreten sprachlichen Änderungen in der öffentlichen Sprache basieren auf ernsthaften sprachlichen Bemühungen um faire, gerechte Benennung bei vielen Frauen und Männern, auf einem erhöhten feministischen Bewusstsein und größerer sprachlicher Sensibilität bei Frauen sowohl wie bei Männern.“ (TRÖMEL-PLÖTZ 2010: 757)

1990 legte die Arbeitsgruppe Rechtssprache eine Beschlussempfehlung in ihrem Bericht „Maskuline und feminine Personenbezeichnung in der Rechtssprache“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 12/1041) vor. Sie umfasste Richtlinien für eine neutrale Amts-, Dienst-, Funktions- und Berufsbezeichnung, welche am 15. Januar 1993 vom Bundestag beschlossen wurde. (vgl. KLANN-DELIUS 2005: 188) Heute existiert ein Gesetz für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Unternehmen und Gerichten des Bundes (Bundesgleichstellungsgesetz, kurz: BGleiG). Dort steht geschrieben: „Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Bundes sollen die Gleichstellung von Frauen und Männern auch sprachlich zum Ausdruck bringen. Dies gilt auch für den dienstlichen Schriftverkehr.“ (BGleiG § 4 Abs. 3)

1.2 Begründung

Warum ist eine geschlechtergerechte Sprache überhaupt wichtig? Auf diese Frage gibt es in der Sprachforschung viele Antwortmöglichkeiten. Die Definition von Sprache liefert die Grundlage einiger Antworten. Im Metzler Lexikon für Sprache steht dazu: „Sprache: Wichtigstes und artspezifisches Kommunikationsmittel der Menschen, das dem Austausch von Informationen dient sowie [...] die Organisation des Denkens betreffende, kognitive und affektive Funktionen erfüllt.“ (GLÜCK (Hrsg.) 2005³: 611) Sprache umgibt uns demnach ständig, wir kommunizieren nicht nur mit ihr, sie beeinflusst auch unser Denken, unser Handeln. Mit Sprache sind wir in der Lage, eine eigene Wirklichkeit zu erschaffen und diese auch zu vermitteln. Jeder Mensch kann die Sprache zu diesem Zweck eigenständig gebrauchen und verändern. FRIESENBICHLER (2008:1) schreibt dazu: „Eine gendergerechte Wirklichkeit kann daher nur in einer gendersensiblen Sprache gedacht und vermittelt werden.“

Im Deutschen steht hauptsächlich die Verwendung des generischen Maskulinums in der Kritik. Das generische Maskulinum bezieht sich auf Formen von maskulinen Nomina sowie Pronomina, nach DOLESCHAL (2013:39) umfasst es „die Fähigkeit maskuliner Personenbezeichnungen, geschlechtsabstrahierend verwendet zu werden, insbesondere wenn es nicht um konkrete Personen geht.“ Doch auch wenn Frauen bei der Verwendung des generischen Maskulinums mitgemeint sind, bleiben sie sprachlich unsichtbar. Diese sprachliche Unsichtbarkeit kann sich auch auf die Realität übertragen, laut TRÖMEL-PLÖTZ (2007) haben Untersuchungen gezeigt, dass auch wenn Frauen mitgemeint sind, die meisten Vorstellungen des Gesagtem mit Männern assoziiert werden. (vgl. TRÖMEL-PLÖTZ 2007: 127) Frauen fühlen sich vom generischen Maskulinum nicht angesprochen, es schränkt die sprachliche Identifikationsfähigkeit ein. (vgl. KLANN-DELIUS 2005: 27)

Auch wenn die feministische Linguistik in den meisten Fällen nur auf die sprachliche Unsichtbarkeit von Frauen eingeht, ist eine geschlechtergerechte Sprache auch dann problematisch, wenn es um Personen geht, die sich weder mit dem weiblichen, noch mit dem männlichen Geschlecht eindeutig identifizieren wollen. Neuere Forschungen beschäftigen sich auch mit der Vermeidung dieser Problematik.

1.3 Praxis

Im Deutschen gibt es verschiedene Vorschläge zur Umgehung des generischen Maskulinums, zwei von ihnen haben in der Öffentlichkeit Anwendung gefunden. Der erste Ansatz ist die explizite Beidbenennung der Geschlechter, auch *Splitting* (vgl. SAMEL 1995: 70) genannt. „Mit der Geschlechterspezifikation sind die Voraussetzungen für Beidbenennung erfüllt. Frauen werden sichtbar gemacht, indem die femininen Formen neben den maskulinen gebraucht werden.“ (SAMEL 1995: 72) Nach NEUMANN (vgl. 2014: 18) kann das Splitting durch vier verschiedene Konzepte umgesetzt werden: 1. durch eine Paarform (z.B. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen) 2. mit einem Schrägstrich (z.B. Mitarbeiter/-innen; Mitarbeiter/innen) 3. durch Benutzung einer Klammer (z.B. Mitarbeiter(innen)) und 4. durch das Binnen-I (z.B. MitarbeiterInnen). Weitere Möglichkeiten, ähnlich dem Schrägstrich, sind das Gendersternchen (z.B. Mitarbeiter*innen) und der Unterstrich (z.B. Mitarbeiter_innen).

Da für das Splitting die Spezifikation des männlichen oder weiblichen Geschlechts notwendig ist, gibt es des Weiteren das Konzept der Neutralisation. Statt explizit ein Geschlecht zu nennen, werden neutrale Bezeichnungen verwendet wie z.B. die Neutralisation durch Partizip wie in Mitarbeitende statt Mitarbeiter (vgl. NEUMANN 2014: 19). In der deutschen Sprache gibt es nicht für jeden Begriff eine neutrale Variation, deswegen müssen häufig Wörter durch andere ersetzt werden. Mittlerweile gibt es dazu verschiedenste Hilfsmittel, eine umfangreiche Sammlung an neutralen Variationen bietet beispielsweise das Online-Wörterbuch „Geschickt Gendern“¹.

Neben den beiden genannten Vorschlägen für geschlechtergerechte Sprache gibt es noch einige weniger populäre Ansätze. Dazu gehört der Einsatz des generischen Femininums, also der Einsatz femininer Bezeichnungen für gemischtgeschlechtliche Gruppen. Wenig angewendet, aber in der Öffentlichkeit häufig in der Kritik stehend, ist die x-Form, bei welcher statt einer Genusendung ein x am Ende des Wortstammes steht (z.B. Mitarbeitx). (vgl. AG FEMINISTISCH SPRACHHANDELN 2015: 22)

Nicht nur das generische Maskulinums soll in einer geschlechtergerechten Sprache vermieden werden, ebenfalls soll der Gebrauch von Begriffen, welche sich negativ auf

¹ geschicktgendern.de (zuletzt aufgerufen am: 11.11.2017)

Frauen beziehen, vermeiden werden (z.B. dämlich, Milchmädchenrechnung) (vgl. KLANN-DELIUS 2005: 185).

Wie man an der Fülle der Möglichkeiten für geschlechtergerechte Sprache erkennt, ist es schwer, sich auf die eine, beste und nicht-diskriminierende Sprache festzulegen. Vielmehr kommt es darauf an, Kritik anzunehmen und diese auch im eigenen Sprachverhalten umsetzen zu können.

2. Geschlechtergerechte Sprache in den Wahlprogrammen der AfD, FDP und Grünen zur Bundestagswahl 2017

2.1. Positionen der Parteien zum Thema geschlechtergerechte Sprache

2.1.1 AfD

Die Alternative für Deutschland stellt sich in der Öffentlichkeit ganz deutlich gegen die gendergerechte Sprache. Sie sieht sich in der Position, die deutsche Sprache vor den Einflüssen der Geschlechterforschung schützen zu müssen.

Am 2. März 2017 erklärte der AfD Politiker Steffen Königer in einer Rede im brandenburgischen Landtag: „[...] Unsere Sprache ist von mehreren Seiten under attack. Die buzz words hierbei lauten: gender, political correctness und Anglizismisierung. Dem gender Wahn habe ich – einige werden sich von ihnen remembren – vor kurzem ein friendly *piss off* zugerufen. [...]“ (KÖNIGER 2017) Diese Rede, bei welcher er bewusst grammatikalisch unkorrekt und mit vielen Anglizismen sprach, diente der Begründung eines Antrags der AfD vom 21.02.2017 zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg. Darin steht: „Die deutsche Sprache soll durch staatliche Organe und öffentliche Institutionen des Landes Brandenburg geschützt und gefördert werden.“ (LANDTAG BRANDENBURG, 2017: Drucksache 6/6065) Grund dafür sei, dass „politisch korrekte und staatlich verordnete Umformungen“ (LANDTAG BRANDENBURG, 2017: Drucksache 6/6065) die Sprache bedrohen würden.

2.1.2 FDP

Die Freie Demokratische Partei äußert sich in der Öffentlichkeit unterschiedlich zum Thema geschlechtergerechte Sprache. Es kann jedoch gesagt werden, dass sie Sprachänderungen nicht gänzlich ablehnen, jedoch vielen Methoden einer komplett geschlechtsneutralen Sprache kritisch gegenüberstehen.

Dies wird in einem Antrag aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen vom 31.10.2017 deutlich, welcher den Titel „Rasenmäher statt RasenmäherIn – unsere Sprache nicht verrenken!“ (LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 2016: Drucksache 16/13311) trägt. Darin räumt die Partei ein, dass es durch die Verwendung des generischen Maskulinums dazu kommen kann, dass Frauen sich nicht angesprochen fühlen, sie jedoch die existierenden Maßnahmen für ausreichend hält und weitere ablehnt. Geschlechtergerechte Alternative würden die Lesbarkeit von Texten, sowie die mündliche Kommunikation erschweren und zu einer Ablenkung von den Kernthemen führen. (vgl. LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 2016: Drucksache 16/13311) Deswegen fordern sie:

- die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie allen anderen Geschlechtern in allen Lebensbereichen zu fördern, wobei die Sprache ein Baustein hierfür sein kann;
- darauf zu achten, dass die Anwendung der geschlechtergerechten Sprache verständlich bleibt und nicht übertrieben wird, damit Sprache als Kommunikationsmittel für die Bürger und Wirtschaft weiter anwendungsfreundlich bleibt;
- auf ein weiteres sprachliches Gendern in der öffentlichen Verwaltungslandschaft künftig aufgrund des damit verbundenen Bürokratie- und Kostenaufwands zu verzichten“. (LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 2016: Drucksache 16/13311)

2.1.3 Bündnis 90/Die Grünen

Im November 2015 beschloss das Bündnis 90/Die Grünen die verpflichtende Einführung der geschlechtergerechten Sprache in allen Parteiangelegenheiten.

Ihre Entscheidung begründen sie mit der Aussage, dass „[...] Sprache durch ihren großen Einfluss auf unser Denken und unsere Wahrnehmung die Gesellschaft mit formt.“ (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2015, Beschluss: Geschlechtergerechte Sprache)

Eingeführt wurde die Verwendung des Gendersternchens, die konsequente Benennung beider Geschlechter, sowie die Verwendung von Neutralisationen. Es soll immer, jedoch maximal einmal pro Wort, gegendert werden und nur dann, wenn es sich um Personen handelt. (vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2015, Beschluss: Geschlechtergerechte Sprache)

2.2 Korpusanalyse: Geschlechtergerechte Sprache in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2017

2.2.1 Arbeitshypothese

Die Analyse des Korpus soll aufzeigen, wie und in welcher Form die Parteien geschlechtergerechte Sprache verwenden. Aufgrund der bekannten Positionen der Parteien zur Geschlechtersprachforschung denke ich, dass die AfD keine geschlechtergerechte Sprache verwenden wird, die FDP hin und wieder und die Grünen ausschließlich und mit den meisten Variationen.

2.2.2 Daten des Korpus

Das genutzte CQPWeb-Korpus besteht aus den Wahlprogrammen der CDU, SPD, AfD, Bündnis 90/Die Grünen, Linken und FDP zur Bundestagswahl 2017 und wurde im Rahmen des Seminars „Sprache und Politik“, geleitet durch Dr. Simon Meier-Vieracker, an der Technischen Universität Berlin erstellt.

Für meine Untersuchung beziehe ich mich auf ein Subkorpus, welches nur die Wahlprogramme der AfD, FDP und Grünen enthält. Dieses Korpus umfasst eine Gesamtwortzahl von 102.968 Wörtern. Dabei beträgt die Wortzahl des Grünen-Wahlprogramms 47.630 Wörter, das der FDP 37.819 Wörter und das der AfD 17.519 Wörter.

2.2.3 Vorgehensweise

Ich beschränke meine Untersuchung auf die populärsten Methoden der geschlechtergerechten Sprache. Zuerst untersuche ich die Wahlprogramme auf Splitting: Paarform, Schrägstrich, Klammer, Gendersternchen und Unterstrich. Des Weiteren werde ich das Korpus nach Neutralisationen durchsuchen.

Für die Suche nach Paarformen im Singular verwende ich den Befehl **er_NN und *in_NN* (Simple query), wie auch die umgekehrte Variante. **innen_NN und *er_NN* (Simple query) nutze ich für die Suche nach Paarformen im Plural, zur Vollständigkeit verwende ich auch diesen Begriff umgekehrt. Um auch flektierte Formen einzubeziehen, gebrauche ich außerdem den Befehl **innen_NN und *ern_NN* (Simple query) und umgekehrt. Interessant ist auch die Frage, ob bei der Paarform erst die Maskuline oder erst die feminine Form genannt wird, weswegen ich diese auch in meine Analyse aufgenommen habe. Um ein Beispiel für das Verhältnis von geschlechtergerechter und nicht-

geschlechtergerechter Sprache zu finden, suche ich nach *[lemma="Bürger"]* (CQP syntax) und untersuche die Kookkurrenz mit *Bürgerinnen*.

Die Suchanfrage *“\”* (CQP syntax) findet die verwendeten Schrägstriche im Korpus, *“_”* (CQP syntax) die verwendeten Unterstriche und *“\(\”* (CQP syntax) die Klammern. Zur Suche nach dem Gendersternchen nutze ich den Suchbefehl *“:*.*”* (CQP syntax).

Die Suche nach Neutralisationen gestaltet sich schwieriger, daher habe ich mich auf die Neutralisation mittels Partizip beschränkt und verwende den Befehl **ende_NN* sowie **enden_NN* (Simple query). Aus der Trefferliste suche ich dann die sich auf Personen beziehenden Treffer heraus und liste sie auf.

2.2.4 Ergebnisse und Auswertung

	AfD	FDP	Die Grünen	Gesamtkorpus
Splitting	0	86	201	287
Neutralisation	0	42	25	67
gesamt	0	128	226	354

Tabelle 1 Trefferanzahl gesamt

Die Tabelle 1 gibt einen Gesamtüberblick über die Trefferanzahl in den jeweiligen Wahlprogrammen. Aus ihr wird ersichtlich, dass die Grünen mit insgesamt 226 den größten Anteil an geschlechtergerechter Sprache verwenden. Die FDP verwendet mit 128 Treffern auch geschlechtergerechte Sprache, nur die AfD hat sich, mit Null Treffern, dieser nicht bedient.

	AfD	FDP	Die Grünen	gesamt
Gendersternchen²	0	0	71	71
Unterstrich	0	0	0	0
Schrägstrich	0	0	0	0
Klammer	0	0	0	0
Paarform Singular	0	2	0	2
Paarform Plural³	0	68	104	172
Paarform flektiert	0	16	26	42
Paarform gesamt	0	86	130	216

² Trefferübersicht siehe Anhang Tabelle 9

³ Genauer Trefferwortlaut siehe Anhang Tabelle 10

Splitting gesamt	0	86	201	287
-------------------------	----------	-----------	------------	------------

Tabelle 2 Anzahl der Treffer zum Splitting

Das Prinzip des Splittings (siehe Tabelle 2) wurde mit 287 Treffern im Gesamtkorpus am häufigsten verwendet, auch hier sind die Grünen mit 201 Treffern Spitzenreiter, an zweiter Stelle steht die FDP mit 86 Treffern. Im Wahlprogramm der AfD befindet sich jedoch keine einzige Anwendung des Splittings. Interessant ist, dass die Parteien sich nur der Paarform und dem Gendersternchen bedienen, alle anderen Möglichkeiten des Splittings wurden nicht genutzt.

Das Gendersternchen wurde mit 71 Treffern ausschließlich von den Grünen verwendet.

Insgesamt verwendeten Grüne und FDP die Paarform 216-mal, 130 Treffer bei den Grünen und 86 bei der FDP. Die hohe Trefferquote der FDP lässt darauf schließen, dass die Partei zwar extreme Formen der Gendersprache ablehnt (wie in Punkt 2.1.2 beschrieben), jedoch gewillt ist, in der Öffentlichkeit mehr akzeptiertere Formen zu verwenden. Auch bei den Grünen ist die Trefferquote hoch, sie verwenden die Paarform rund 45% häufiger als das Gendersternchen, obwohl der Beschluss der Partei aus dem Jahr 2015 (siehe 2.1.3) den Anschein erweckt, sie würde versuchen, hauptsächlich das Sternchen zu verwenden. Eine mögliche Erklärung ist, dass die Paarform sich schon in den Sprachgebrauch eingegliedert hat und deswegen von der Partei selbstverständlicher genutzt wurde.

Paarform Reihenfolge	AfD	FDP	Die Grünen	Gesamtkorpus
maskulin – feminin	0	1	4	5
feminin – maskulin	0	85	126	211

Tabelle 3 Geschlechterreihenfolge Paarform

Die Reihenfolge der Paarform spielt für die feministische Linguistik eine große Rolle, wenn die weibliche Form vor der männlichen genannt wird, werden Frauen damit noch deutlicher sichtbar gemacht. Die Tabelle 3 zeigt, dass auch in den Wahlprogrammen die Reihenfolge feminin – maskulin mit insgesamt 211 Treffern häufiger verwendet wurde als maskulin – feminin mit lediglich fünf Treffern. Die Grünen haben maskulin-feminin mit vier Treffern sogar häufiger genutzt als die FDP mit einem Treffer. Dies steht im Kontrast zu der Tatsache, dass sie sich unter den untersuchten Parteien am stärksten für eine gendergerechte Sprache aussprechen.

Suchergebnis	Trefferanzahl	Prozentsatz
Bürgerinnen und Bürger	57	33.73
Verbraucherinnen und Verbraucher	25	14.79
Schülerinnen und Schüler	9	5.33
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	6	3.55

Tabelle 4 Genauer Wortlaut der vier häufigsten Treffer der Suche "Paarform Plural" (vollständige Auflistung siehe Anhang Tabelle 10)

Die Auflistung des Wortlauts der vier häufigsten Treffer der Suche nach der Paarform Plural zeigt, dass die Bezeichnungen, die sich eher an breite Personengruppen richten, am häufigsten in der Paarform verwendet wurden. Mit „Bürgerinnen und Bürger“ sprechen die Parteien ihre Wähler an, beispielsweise schreiben die Grünen in der Einleitung ihres Wahlprogramms: „Liebe Bürgerinnen und Bürger, am 24. September ist Bundestagswahl“ (GRÜNE 2017: 7). Die FDP nutzt den Terminus „Bürgerinnen und Bürger“ häufig dann, wenn sie sich auf alle Einwohner Deutschlands bezieht, wie in: „Wir brauchen das Versprechen an alle Bürgerinnen und Bürger, beim digitalen Wandel auch mithalten zu können“ (FDP 2017: 63).

	Gesamtkorpus	AfD	FDP	Die Grünen
lemma=Bürger	121	33	58	30
in Kookkurrenz mit Bürgerinnen	64	0	35	29
In wie viel Prozent der Fälle wurde gegendert?	53%	0%	60%	97%

Tabelle 5 Verhältnis von geschlechtergerechter und nicht-geschlechtergerechter Sprache am Beispiel der Paarform „Bürger und Bürgerinnen“

Die Tabelle 5 zeigt am Beispiel von „Bürger“ in Kookkurrenz mit „Bürgerinnen“, in welchem Verhältnis geschlechtergerechte und nicht-geschlechtergerechte Sprache in den Wahlprogrammen stehen. Durch dieses Beispiel kann deutlicher gezeigt werden, wie viel Wert die Parteien tatsächlich auf geschlechtergerechte Formulierungen gelegt haben.

Die Grünen verwendeten „Bürger“ 30-mal und in 29 Fällen steht „Bürger“ in Kookkurrenz mit „Bürgerinnen“. Die Quote, mit welcher sie gegendert haben, beträgt also rund 97%. Bei der FDP ergibt die Suche nach „Bürger“ 58 Treffer und nur 35 in Kookkurrenz mit „Bürgerinnen“, was mit rund 60 % eine geringere Genderquote ergibt. Noch geringer ist sie bei der AfD. Die Partei genderte in 0% der Fälle, obwohl sie 33-

mal „Bürger“ verwendeten. Daran lässt sich erkennen, dass die AfD keinen Wert auf geschlechtergerechte Formulierungen legt, obwohl der Terminus „Bürgerinnen und Bürger“ auch in der Öffentlichkeit weit verbreitet ist. Die Grünen gendern fast immer, was die These bestätigt, dass ihnen korrektes Gendern sehr wichtig ist. Auch die FDP nutzt in über der Hälfte der Fälle gendergerechte Sprache, scheint jedoch nicht genau darauf zu achten, ob sie diese auch immer verwenden.

	AfD	FDP	Die Grünen	gesamt
Neutralisation unflektiert	0	20	13	33
Neutralisation flektiert	0	22	12	34
Neutralisation gesamt	0	42	25	67

Tabelle 6 Neutralisation mittels Partizip

Die Tabelle 6 zeigt, wie häufig sich die Parteien der Neutralisation mittels Partizip bedienen. Auch bei der Neutralisation gibt es bei der AfD keinerlei Treffer. Die FDP hat mit 42 Treffern die meisten neutralen Personenbezeichnungen eingebaut, die Grünen liegen dahinter mit 25 Treffern. Neutrale Bezeichnungen stören den Lesefluss kaum, da diese einfach in den Satz eingebunden werden, ohne dass explizit die Doppelform mitgelesen oder der Sinn eines Zeichens verstanden werden muss. Die hohe Trefferquote bei der FDP zeigt, dass sie sich nicht scheuen, geschlechtergerechte Begriffe zu verwenden, solange diese nicht zu einer holprigen Sprache führen (wie in Punkt 2.1.2 beschrieben).

	AfD	FDP	Die Grünen	gesamt
Studierende	0	12	3	15
Asylsuchende	0	4	0	4
Kulturschaffende	0	0	2	2
Pflegende	0	2	1	3
Arbeitssuchende	0	1	0	1

Tabelle 7 Die häufigsten Treffer der Suche Neutralisation unflektiert⁴

	AfD	FDP	Die Grünen	gesamt
Studierenden	0	12	2	14
Lehrenden	0	2	0	2

⁴ Vollständige Auflistung siehe Anhang Tabelle 11

Asylsuchenden	0	1	1	2
Heimtierhaltenden	0	1	0	1
Tierhaltenden	0	1	0	1

Tabelle 8 Die häufigsten Treffer der Suche nach Neutralisation flektiert⁵

In Tabelle 7 und 8 werden die neutralen Personenbezeichnungen mit der größten Trefferanzahl aufgelistet. Evident wird daraus unter anderem, dass „Studierende/n“ 29 Treffer erzielt hat, obwohl diese Neutralisation mittels Partizip schon häufiger in der Kritik der Öffentlichkeit stand, wie im Jahr 2016, als sich das Berliner Studentenwerk in Studierendenwerk umbenannte. Dennoch zeigen die Treffer bei der FDP und bei den Grünen, dass der Begriff Anwendung findet und das nicht nur bei linksorientierten Parteien.

2.2.5 Zusammenfassung

Aus den Ergebnissen ist erkennbar, dass hauptsächlich die Grünen und die FDP sich um geschlechtergerechte Sprache bemüht haben. Keine der untersuchten Parteien hält sich dabei genau an ein einziges bestimmtes Prinzip, vielmehr findet man einige Variationen.

Die Grünen wenden eine größere Vielfalt in der Umsetzung an als die FDP, sie bedienen sich dem Gendersternchen, der Paarform und der Neutralisation mittels Partizip. Die FDP verwendet nur die Paarform und neutrale Begriffe. Politisch klar gegen die gendergerechte Sprache hat sich die AfD ausgesprochen und das schlägt sich auch in ihrem Wahlprogramm nieder. Es gibt in ihrem Wahlprogramm keinen einzigen Treffer, welcher Bemühungen um eine diskriminierungsfreie Sprache anzeigen könnte.

2.3 Geschlechtergerechte Sprache im Zusammenhang mit Gleichstellungspolitik

2.3.1 Arbeitshypothese

Der Vergleich von geschlechtergerechter Sprache und den gleichstellungspolitischen Positionen der Parteien soll zeigen, ob sich von dem einen auf das andere schließen lässt.

Ich denke, dass ähnlich der geschlechtergerechten Sprache, die Grünen von den untersuchten Parteien den größten Anteil an Gleichstellungspolitik in ihrem Wahlprogramm haben, während die FDP dem ebenfalls Bedeutung zollt, jedoch weniger

⁵ Vollständige Auflistung siehe Anhang Tabelle 12

als die Grünen und meiner Vermutung nach verzichtet die AfD wie bei geschlechtergerechter Sprache auch auf gleichstellungspolitische Vorhaben.

2.3.2 Gleichstellungspolitische Positionen der Parteien im Bundestagswahlprogramm 2017

2.3.2.1 AfD

Die Alternative für Deutschland hat als einzige von den untersuchten Parteien der Gleichstellungspolitik kein eigenes Kapitel gewidmet, auch laut dem Gleichstellungs-Check der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017, durchgeführt durch die Organisation Deutscher Frauenrat, beträgt der Umfang der Positionen zu diesem Thema 0% im Wahlprogramm⁶. Dennoch kann man ihre Meinungen zur Geschlechterpolitik aus dem Kapitel der Familienpolitik erarbeiten.

In ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 stellt sich die AfD deutlich gegen die Geschlechterforschung: „Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen.“ (AFD 2017: 40) Genauer steht die AfD für die Erhaltung der „naturegegebenen Unterschiede zwischen den Geschlechtern“ (AFD 2017: 40) und der Förderung des „bewährte[n] Leitbild der Ehe und [der] traditionellen Familie mit Kindern“ (AFD 2017: 37). Laut der Partei definiert sich eine Familie aus Vater, Mutter und Kindern, andere Gemeinschaften sind vom Familienbild ausgeschlossen (vgl. AFD 2017: 40). Den Familien soll es möglich sein, von nur einem Elterngeld zu leben, aber auch der Wiedereinstieg in den Beruf soll erleichtert werden, dabei differenzieren sie nicht zwischen den Geschlechtern (vgl. AFD 2017: 38). Die Rechte der Männer müssen wieder gestärkt werden, vor allem sollen sie in ihrer Rolle als Väter unterstützt werden (vgl. AFD 2017: 38).

Ihre Idealvorstellungen sieht die Partei durch Quotenregelungen wie der Frauenquote, aber auch durch die Umsetzung von geschlechtergerechter Sprache bedroht (vgl. AFD 2017: 40). Um dies zu verhindern, will sie der Geschlechterforschung keine weiteren staatlichen Mittel zur Verfügung stellen, sowie bestehende Förderungen beenden und die Gleichstellungsbeauftragten abschaffen. (vgl. AFD 2017: 41) Auch soll von einer „Sexualpädagogik der Vielfalt“ (AFD 2017: 41) bei Kindern abgesehen werden.

⁶ <https://www.frauenrat.de/gleichstellungs-check/> (zuletzt aufgerufen am: 13.11.2017)

2.3.2.2 FDP

Die Freie Demokratische Partei widmet laut dem Deutschen Frauenrat der Gleichstellungspolitik 0,09% ihres Wahlprogramms und bekennt sich darin zur Schaffung von Chancengleichheit bei Männern und Frauen. Auch stellt sie sich gegen die Diskriminierung von Personen aufgrund ihres Geschlechts.

Die FDP schreibt in ihrem Kapitel zur Gleichstellungspolitik: „Wir wollen, dass jeder Mann und jede Frau passende Rahmenbedingungen vorfinden, um das eigene Potenzial voll zu entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten.“ (FDP 2017: 72) Um dies zu ermöglichen, wollen sie sich für eine freie Arbeitsplatzwahl, sowie die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie einsetzen. Zur Verringerung der ungleichen Bezahlung zwischen den Geschlechtern, möchte die FDP „Frauen noch stärker ermuntern, klassische Männerbranchen zu erobern“ (FDP 2017: 72). Dennoch lehnen sie eine Frauenquote ab, da sich diese negativ auf die Leistungsdifferenzierung auswirken würde (vgl. FDP 2017: 72).

2.3.2.3 Bündnis 90/ Die Grünen

Die Grünen widmen der Gleichstellungspolitik in ihrem Wahlprogramm ein umfassendes eigenes Kapitel, die feministische Politik ist bei ihnen ein eigenständiges Politikfeld. Mit 3,23% (Deutscher Frauenrat) hat die Partei unter den hier untersuchten Wahlprogrammen den größten Anteil an gleichstellungspolitischen Positionen in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter sowie der Kampf gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist für die Partei ein elementarer Bestandteil der menschlichen Rechte (vgl. GRÜNE 2017: 81).

Den Grundsatz ihrer Gleichstellungspolitik definieren die Grünen folgendermaßen: „Chancen, Macht, Geld und Zeit wollen wir endlich gerecht zwischen Frauen und Männern teilen.“ (GRÜNE 2017: 129) Menschen sollen unabhängig von ihrem Geschlecht die gleiche Bezahlung erhalten und die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt vorfinden. Um die zu ermöglichen, setzt die Partei sich für eine flexible Vollzeitarbeit ein, sowie als einzige der untersuchten Parteien für eine „50-Prozent-Frauenquote für die 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen“ (GRÜNE 2017: 131). Auch spricht sich die Partei deutlich gegen Gewalt an Frauen aus und verlangt die Durchsetzung des Rechts von absoluter sexueller Selbstbestimmung aller Menschen (vgl. GRÜNE 2017: 132).

2.3.3 Zusammenhang zwischen Gleichstellungspolitik und geschlechtergerechter Sprache

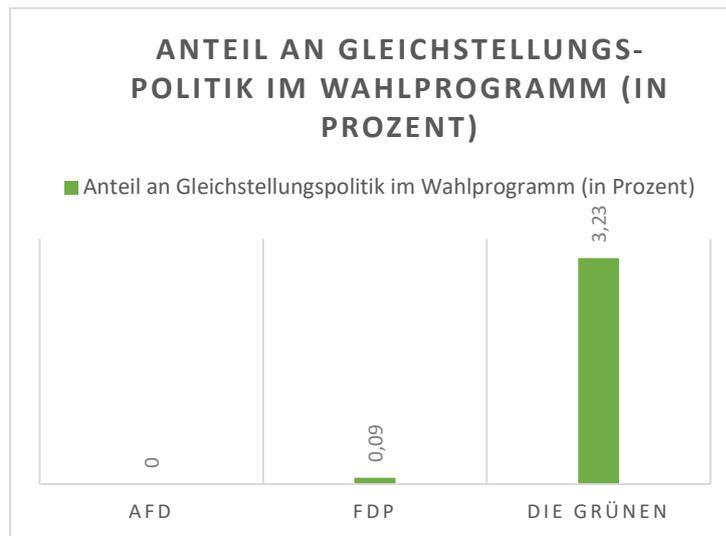


Abbildung 1 Gleichstellungspolitik⁷

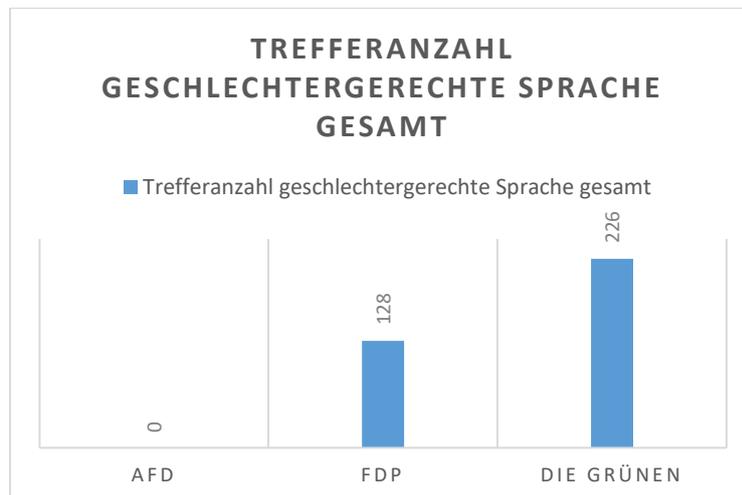


Abbildung 2 Geschlechtergerechte Sprache

Wie in Abbildung 1 und 2 ersichtlich, haben unter den untersuchten Parteien die Grünen mit insgesamt 226 Treffern den größten Anteil an geschlechtergerechten Personenbezeichnungen, gleichzeitig haben sie mit 3,23 % auch den größten gleichstellungspolitisch relevanten Teil in ihrem Wahlprogramm. Geschlechtergerechte Sprache ist auch bei der FDP vorhanden, jedoch weniger als bei den Grünen, auch ihr Programmabschnitt zur Gleichstellungspolitik ist mit 0,09% kleiner als bei der Konkurrenz. Die AfD hat keine genauen gleichstellungspolitischen Vorhaben in ihr Wahlprogramm aufgenommen und auch ein Anteil an geschlechtsneutralen Begriffen ist mit Null Treffern nicht vorhanden.

⁷ Daten: <https://www.frauenrat.de/gleichstellungs-check> (zuletzt aufgerufen am: 23.11.2017)

Ich habe bewusst die AfD, FDP und Grünen für meine Analyse ausgewählt, um ein möglichst breites Meinungsspektrum abzudecken. Die Ergebnisse meiner vorangegangenen Analyse zeigen, dass es durchaus möglich zu sein scheint, von der politischen Position einer Partei auf die Anwendung von geschlechtergerechter Sprache in ihrem Wahlprogramm zu schließen. Erkennbar ist, dass die Abstufung der Häufigkeit in beiden Diagrammen dieselbe ist, die Partei mit den meisten Treffern hat auch den größten Anteil zur Gleichstellungspolitik.

Die AfD positioniert sich gegen die Erkenntnisse der Geschlechterforschung, auch Gleichstellungspolitik ist ihnen nicht sehr wichtig, denn sie haben diesem Thema kein Kapitel gewidmet. Daraus resultierend nutzen sie auch keine bewusst geschlechtergerechte Sprache, denn dies würde ihrer politischen Meinung widersprechen. Es ist also logisch, dass man von einer negativen Einstellung zur Gleichstellungspolitik auch auf nicht vorhandene gendergerechte Sprache schließen kann.

Ähnlich ist es bei der FDP. Die Partei spricht sich für gleichstellungspolitische Maßnahmen aus, macht jedoch Abstriche, wie zum Beispiel bei der Frauenquote. Auch beim Thema geschlechtergerechte Sprache hat sie eine ähnliche Einstellung, grundsätzlich ist sie dafür, aber nur, solange diese auch in ihren Augen anwendungsfreundlich bleibt. Das schlägt sich auch in meiner Analyse nieder, sie nutzt sie zwar, jedoch hauptsächlich bei Formulierungen, die schon häufig in den Sprachgebrauch eingebracht werden und den Lesefluss eines Textes nicht durch zusätzliche Zeichen oder ähnliches stören.

Die Grünen zollen der Gleichstellungspolitik in ihrem Wahlprogramm große Relevanz, mit 3,23 % haben sie den größten Teil eingebracht. Sie sind für Erkenntnisse aus den Gender Studies offen und auch ihr Wahlprogramm enthält zahlreiche Auffassungen, die positiv für eine aktive Gleichstellungspolitik stehen. Sie sind auch für Umsetzung von Maßnahmen, die bei anderen Parteien in der Kritik stehen, wie auch bei der von der FDP kritisierten Frauenquote. Gleichzeitig sind sie auch die Partei, die sich für neuere Formen von geschlechtergerechter Sprache einsetzt, im Fall der Grünen ist das die Nutzung des Gendersternchens. Doch in meiner Analyse hat sich gezeigt, dass sie mehrere Methoden verwenden, um ihre Sprache diskriminierungsfrei zu halten, damit haben sie auch die größte Trefferquote unter den untersuchten Parteien.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Vermutung, je mehr sich eine Partei für Gleichstellungspolitik einsetzt, desto größer sind auch ihre Bemühungen auf dem Weg zu einer möglichst diskriminierungsfreien Sprache, durchaus ihre Berechtigung hat. Um hier noch konkretere Aussagen machen zu können, wäre es sinnvoll, noch weitere Parteien auf diesen Fakt hin zu untersuchen. Dennoch hat sich meine Arbeitshypothese bestätigt.

3. Fazit

Die geschlechtsspezifische Sprachforschung ist eine recht junge Disziplin, dennoch gibt es berechtigte Einwände für die Umsetzung einer geschlechtergerechten Sprache. Wie diese in der Praxis aussieht, ist immer abhängig von der anwendenden Person, die Eine nichtdiskriminierende Sprache gibt es nicht.

Es hat sich gezeigt, dass nur zwei der drei untersuchten Parteien in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 geschlechtergerechte Sprache verwenden. Die Alternative für Deutschland hat sich von diesem Thema abgewandt, relevanter ist sie bei den Freien Demokraten, die höchste Trefferquote findet sich jedoch beim Bündnis 90/Die Grünen. Dies beweist, dass es in der deutschen Politiklandschaft noch keine Einigkeit zum Thema Gleichstellung durch Sprache gibt. Der Zusammenhang zwischen gleichstellungspolitischer Position und Sprache hat auch gezeigt, dass die Sprache auch als Mittel zur Darstellung der eigenen Meinung genutzt wird.

Da es ein großes Spektrum an Möglichkeiten zur Umsetzung von geschlechtergerechter Sprache gibt, konnte ich diese nur teilweise untersuchen. Für die Fortsetzung meiner Untersuchungen wäre es beispielsweise interessant, inwiefern die Parteien Wörter durch neutrale ersetzt haben, wie zum Beispiel bei Publikum statt Zuschauer. Auch lässt sich durch die Untersuchung von lediglich drei Parteien nur vermuten, ob es einen Zusammenhang zwischen Gleichstellungspolitik und Sprache gibt. Um diese Frage eindeutig beantworten zu können, bedarf es weiterer empirischer Forschung. Ausweiten lässt sich die Forschung außerdem auf die historische Entwicklung des geschlechtergerechten Sprachgebrauchs der Parteien in Wahlprogrammen, aber auch Parteiprogrammen, Stellungnahmen und anderen Texten.

4. Anhang

4.1 Tabellen

Suchergebnis	Trefferanzahl	Prozentsatz
Verbraucher*innen	7	9.86
Arbeitnehmer*innen	4	5.63
Beamte*innen	4	5.63
Arbeitgeber*innen	3	4.23
Tierquäler*innen	2	2.82
Reichsbürger*innen	2	2.82
Bürger*innen	2	2.82
Urheber*innen	2	2.82
Datenschützer*innen	2	2.82
Ärzt*innen	2	2.82
Senior*innen	2	2.82
Konsument*innen	2	2.82
Schüler*innen	2	2.82
Topverdiener*innen	1	1.41
Geringverdiener*innen	1	1.41
Kolleg*innen	1	1.41
Jede*r	1	1.41
Verlierer*innen	1	1.41
Steuerzahler*innen	1	1.41
Gründer*innen	1	1.41
Polizist*innen	1	1.41
Erzieher*innen	1	1.41
Expert*innen	1	1.41
Partner*innen	1	1.41
Mitarbeiter*innen	1	1.41
Minijobber*innen	1	1.41
Freiberufler*innen	1	1.41
Wegbegleiter*innen	1	1.41
Gewinner*innen	1	1.41

Erzieher*in	1	1.41
Mieter*in	1	1.41
Bäuer*innen	1	1.41
Landwirt*innen	1	1.41
Unternehmer*innen	1	1.41
Bewohner*innen	1	1.41
Präsident*in	1	1.41
Humanist*innen	1	1.41
Atheist*innen	1	1.41
Religionslehrer*innen	1	1.41
Geburtshelfer*innen	1	1.41
Fanatiker*innen	1	1.41
Repräsentant*innen	1	1.41
Einwohner*in	1	1.41
Umweltzerstörer*innen	1	1.41
Sparer*innen	1	1.41
Käufer*innen	1	1.41
Kund*innen	1	1.41
Tüftler*innen	1	1.41

Tabelle 9 Trefferübersicht Gendersternchen

Suchergebnis	Trefferanzahl	Prozentsatz
Bürgerinnen und Bürger	57	33.73
Verbraucherinnen und Verbraucher	25	14.79
Schülerinnen und Schüler	9	5.33
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	6	3.55
Lehrerinnen und Lehrer	5	2.96
Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber	5	2.96
Steuerzahlerinnen und Steuerzahler	4	2.37
Erzieherinnen und Erzieher	4	2.37
Nutzerinnen und Nutzer	4	2.37
Gründerinnen und Gründer	4	2.37
Europäerinnen und Europäer	4	2.37

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	3	1.78
Radfahrerinnen und Radfahrer	2	1.18
Unternehmerinnen und Unternehmer	2	1.18
Bewerberinnen und Bewerber	2	1.18
Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter	1	0.59
Pflegerinnen und Pfleger	1	0.59
Rentnerinnen und Rentner	1	0.59
Gutverdienerinnen und Gutverdiener	1	0.59
Sportlerinnen und Sportler	1	0.59
Spitzensportlerinnen und –sportler	1	0.59
EU-Bürgerinnen und EU-Bürger	1	0.59
Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler	1	0.59
Unternehmensgründerinnen und –gründer	1	0.59
Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer	1	0.59
Vermieterinnen und Vermieter	1	0.59
Anwohnerinnen und Anwohner	1	0.59
Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger	1	0.59
Stromverbraucherinnen und –verbraucher	1	0.59
Beitragszahlerinnen und Beitragszahler	1	0.59
Existenzgründerinnen und –gründer	1	0.59
Architektinnen und Bauarbeiter	1	0.59
Kleinbäuerinnen und Kleinbauer	1	0.59
Landwirtschaftsministerinnen und –minister	1	0.59
Ingenieurinnen und Tüftler	1	0.59
Handwerkerinnen und Bauarbeiter	1	0.59
Anlegerinnen und Anleger	1	0.59
Mieterinnen und Mieter	1	0.59
Unionsbürgerinnen und Unionsbürger	1	0.59
Palästinenserinnen und Palästinenser	1	0.59
Asylbewerberinnen und Asylbewerber	1	0.59
Verkäuferinnen und Verkäufer	1	0.59

Verbraucher*innen und Verbraucher	1	0.59
Ärzt*innen und Krankenhäuser	1	0.59
Einwanderinnen und Einwanderer	1	0.59
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler	1	0.59
Managerinnen und Manager	1	0.59
Ministerinnen und Minister	1	0.59

Tabelle 10 Trefferübersicht Paarform Plural

	AfD	FDP	Die Grünen	gesamt
Studierende	0	12	3	15
Asylsuchende	0	4	0	4
Kulturschaffende	0	0	2	2
Pflegende	0	2	1	3
Arbeitssuchende	0	1	0	1
Gutverdienende	0	0	1	1
Vermögende	0	0	1	1
Geringverdienende	0	0	1	1
Wohlhabende	0	0	1	1
Forschende	0	0	1	1
Lehrende	0	0	1	1
Neuankommende	0	0	1	1
Gebärende	0	1	0	1

Tabelle 11 Trefferübersicht Neutralisation unflektiert

	AfD	FDP	Die Grünen	gesamt
Studierenden	0	12	2	14
Lehrenden	0	2	0	2
Asylsuchenden	0	1	1	2
Heimtierhaltenden	0	1	0	1
Tierhaltenden	0	1	0	1
Zeitarbeitenden	0	1	0	1
Seelsorgenden	0	1	0	1
Helfenden	0	1	0	1
Sterbenden	0	1	0	1

Vermietenden	0	1	0	1
Flüchtenden	0	0	1	1
Arbeitssuchenden	0	0	1	1
Leidtragenden	0	0	1	1
Teilnehmenden	0	0	1	1
Mitarbeitenden	0	0	1	1
Schutzsuchenden	0	0	1	1
Arbeitssuchenden	0	0	1	1
Kulturschaffenden	0	0	1	1
Geringverdienenden	0	0	1	1
gesamt	3	25	13	41

Tabelle 12 Trefferübersicht Neutralisation flektiert

4.2 Literaturverzeichnis

4.2.1 Quellen

AfD (2017): Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg. Landtag Brandenburg, Drucksache 6/6065, 21.02.2017. Online verfügbar unter <http://afd-fraktion-brandenburg.de/wp-content/uploads/2017/02/Deutsche-Sprache-in-die-Landesverfassung-aufnehmen.pdf>, zuletzt geprüft am 24.11.2017.

AfD (2017): Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Köln, 23.04.2017. Online verfügbar unter https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf, zuletzt geprüft am 24.11.2017.

AG FEMINISTISCH SPRACHHANDELN (2015): Was tun? Sprachhandeln – aber wie? W_Ortungen statt Tatenlosigkeit. Anregungen zum antidiskriminierenden Sprachhandeln. 2. Auflage. Online verfügbar unter http://feministisch-sprachhandeln.org/wp-content/uploads/2015/10/sprachleitfaden_zweite_auflage_281015.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2017.

BECKER, RUTH; KORTENDIEK, BEATE; BUDRICH, BARBARA (Hg.) (2010): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 3., erw. und durchges. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Geschlecht & Gesellschaft, 35). Online verfügbar unter http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok_id/135676.

BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ (24.04.2015): Gesetz für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Unternehmen und Gerichten des Bundes. Bundesgleichstellungsgesetz - BGleiG. Online verfügbar unter https://www.gesetze-im-internet.de/bgleig_2015/BJNR064300015.html, zuletzt geprüft am 24.11.2017.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2015): Beschluss. Geschlechtergerechte Sprache in Anträgen an die BDK. Halle, 20.11.2015.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2017): Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017. Berlin, 16.06.2017. Online verfügbar unter https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017.pdf, zuletzt geprüft am 24.11.2017.

DEUTSCHER FRAUENRAT (2017): Gleichstellungs-Check zur Bundestagswahl 2017. Online verfügbar unter <https://www.frauenrat.de/gleichstellungs-check/>, zuletzt geprüft am 24.11.2017.

DOLESCHAL, URSULA (2002): Das generische Maskulinum im Deutschen. Ein historischer Spaziergang durch die deutsche Grammatikschreibung von der Renaissance bis zur Postmoderne. In: *Linguistik Online*. Bd. 11 (2). Online verfügbar unter <https://bop.unibe.ch/linguistik-online/article/view/915>, zuletzt geprüft am 24.11.2017. doi: <http://dx.doi.org/10.13092/lo.11.915>.

FDP (2016): Rasenmäher statt RasenmäherIn - unsere Sprache nicht verrenken! Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 16/13311, 31.10.2016. Online verfügbar unter <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-13311.pdf>, zuletzt geprüft am 24.11.2017.

FDP (2017): Denken wir neu. Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017: "Schauen wir nicht länger zu.". Berlin. Online verfügbar unter <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/08/07/20170807-wahlprogramm-wp-2017-v16.pdf>, zuletzt geprüft am 24.11.2017.

FRIESENBIHLER, BIANCA (2008): Geschlechtergerechter Sprachgebrauch als Teil und Motor des Gender Mainstreaming. Wien: Bundesministerium für Unterricht, Kunst u. Kultur. Online verfügbar unter https://erwachsenenbildung.at/magazin/08-3/meb08-3_10_friesenbichler.pdf, zuletzt geprüft am 24.11.2017

GLÜCK, HELMUT (Hrsg.) (2005): Metzler Lexikon Sprache. 3. neubearbeitete Auflg. Stuttgart: J.B. Metzler

GUENTHERODT, INGRID; HELLINGER, MARLIS; PUSCH, LUISE F.; TRÖMEL-PLÖTZ, SENTA (1980): Richtlinien zur Vermeidung sexistischen Sprachgebrauchs. In: *Linguistische Berichte* (69).

KLANN-DELIUS, GISELA (2005): Sprache und Geschlecht. Eine Einführung. Stuttgart: J.B. Metzler (Sammlung Metzler)

LENZ, ILSE (2010): Frauenbewegungen. In: Ruth Becker, Beate Kortendiek und Barbara Budrich (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 3., erw. und durchges. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Geschlecht & Gesellschaft, 35).

NEUMANN, JUSTINE (2014): Geschlechtergerechte Sprache in der Wirtschaft. In: *Der Sprachdienst* (1), S. 16–26.

REISS, KRISTINA (2010): Linguistik. Von Feministischer Linguistik zu Genderbewusster Sprache. In: Ruth Becker, Beate Kortendiek und Barbara Budrich (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 3., erw. und durchges. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Geschlecht & Gesellschaft, 35).

SAMEL, INGRID (1995): Einführung in die feministische Sprachwissenschaft. Berlin: Schmidt.

TRÖMEL-PLÖTZ, SENTA (2007): Frauensprache. Sprache der Veränderung. 1. Aufl. München: Verl. Frauenoffensive.

TRÖMEL-PLÖTZ, SENTA (2010): Sprache. Von Frauensprache zu frauengerechter Sprache. In: Ruth Becker, Beate Kortendiek und Barbara Budrich (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 3., erw. und durchges. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Geschlecht & Gesellschaft, 35).

4.2.2 Korpus

WAHLPROGRAMME BTW17. In: Fußballlinguistik auf CQPweb. Fachgebiet Allgemeine Linguistik, Technische Universität Berlin. Online verfügbar unter: <https://fussballlinguistik.linguistik.tu-berlin.de>, zuletzt geprüft am 24.11.2017.

4.2.3 Reden

KÖNIGER, STEFFEN (2017): Die Verrottung der deutschen Sprache. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=sW7totTw99E&t=73s>, zuletzt geprüft am 24.11.2017.

4.3 Eidesstattliche Erklärung



Fakultät I
Geisteswissenschaften

Prüfungsausschüsse

Studiendekan und Vorsitzender

Prof. Dr. Friedrich Steinle

Eidesstattliche Erklärung

Ist jeder an der TU Berlin verfassten schriftlichen Arbeit eigenhändig unterzeichnet beizufügen!

Hiermit erkläre ich an Eides statt gegenüber der Fakultät I der Technischen Universität Berlin, dass die vorliegende, dieser Erklärung angefügte Arbeit selbstständig und nur unter Zuhilfenahme der im Literaturverzeichnis genannten Quellen und Hilfsmittel angefertigt wurde. Alle Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen wurden, sind kenntlich gemacht. Ich reiche die Arbeit erstmals als Prüfungsleistung ein. Ich versichere, dass diese Arbeit oder wesentliche Teile dieser Arbeit nicht bereits dem Leistungserwerb in einer anderen Lehrveranstaltung zugrunde lagen.

Titel der schriftlichen Arbeit

Geschlechtergerechte Sprache in den Wahlprogrammen der AfD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl 2017

VerfasserIn/VerfasserInnen*

Name	Vorname	Matr.-Nr.
Kleine	Franziska Maria	384811

Betreuende/r DozentIn

Name	Vorname
Meier-Vieracker	Dr. Simon

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich über fachübliche Zitierregeln unterrichtet worden bin und verstanden habe. Die im betroffenen Fachgebiet üblichen Zitiervorschriften sind eingehalten worden.

Eine Überprüfung der Arbeit auf Plagiate mithilfe elektronischer Hilfsmittel darf vorgenommen werden.

Schulzendorf, 24.11.2017

Ort, Datum

Unterschrift**

*Bei Gruppenarbeiten sind die Unterschriften aller VerfasserInnen erforderlich.

**Durch die Unterschrift bürgen Sie für den vollumfänglichen Inhalt der Endversion dieser schriftlichen Arbeit.